

Allgemeine Zeitung

MAINZ



Mehr Platz, längere Öffnungszeiten
„Wunschzettel“ der Mainzer für einen runderneuertem Weihnachtsmarkt. ► SEITE 11

Große Namen, wenig Präsenz
Mainz leistet sich jährlich einen Stadtschreiber – aber ist das noch zeitgemäß? ► SEITE 15

Vettel fast am Ziel
Formel-1-Pilot triumphiert auch in Japan. ► SPORT

Montag, 14. Oktober 2013 | Nr. 238 | 163. Jahrgang

www.allgemeine-zeitung.de

1 G 1112 A Preis: 1,60 €

WETTER

Meist trocken, relativ mild

15°
10°



Südwind

► FERNSEHEN / WETTER

HEUTE

Joachim Löw kurz vor Vertragsunterschrift

Nach der geglückten WM-Qualifikation könnte der Fußball-Bundestrainer seinen Kontrakt schon in dieser Woche um zwei weitere Jahre bis 2016 verlängern.

► SPORT

Ovtcharov-Gold krönt Tischtennis-Siegeszug

Der Olympiadritte beherrscht im EM-Finale Wladimir Samsonov nach Belieben. Für die Berlinerin Shan Xiaona bleibt am Ende nur Silber.

► SPORT

Sebastian Kienle Dritter auf Hawaii

Nach einem schwierigen Jahr hat der Triathlet aus Karlsruhe mit Platz drei beim Ironman auf Hawaii einen hervorragenden Saisonabschluss geschafft.

► SPORT

Kerber siegt in Linz und fährt zur WM

Schon vor dem Endspiel-erfolg gegen Ana Ivanovic hatte die Tennisspielerin ihre Teilnahme am Saisonfinale perfekt gemacht.

► SPORT

VIDEO DES TAGES

„Gonsenheimer Feuerwehr“



QR-Code scannen und unser Video des Tages anschauen!

INHALT

WIRTSCHAFT	4
RHEINLAND-PFALZ	6
KULTUR	14
TERMINE	16
SPORT	20
ROMAN	28
FERNSEHEN	31
PANORAMA	32

KONTAKT

Zustellung/
Abo-Service: 061 31 / 48 49 50
Fax: 061 31 / 48 49 34
Privatanzeigen: 061 31 / 48 48
Fax: 061 31 / 48 47 79
Redaktion: 061 31 / 48 59 60
Fax: 061 31 / 48 59 68
E-Mail: az-redaktion@vrm.de

Zeitung online:
www.allgemeine-zeitung.de

www.facebook.com/
allgemeinezeitung

www.twitter.com/
aznachrichten

Probeabo: 061 31 / 48 49 50

Markt 17
55116 Mainz

RHEIN MAIN PRESSE



4 190111 201604

Erst Gaudi, dann Chaos: Zu wenige Busse für Oktoberfest-Besucher



MAINZ (mon). Ärger um die Busanbindung hat das erste Wochenende des Mainzer Oktoberfests überschattet. Hunderte Oktoberfest-Besucher versuchten nach Angaben von Festwirt

Manfred Wappel in der Nacht zu Samstag und Sonntag vergeblich, mit der „Messelinie“ von der „Wiesn“ wegzukommen. Die MVG hatte zu wenige Wagen eingesetzt. Erstmals

wird das Oktoberfest in zwei Zelten gefeiert. Seit Donnerstag amüsierten sich auf dem Messegelände rund 25000 Gäste. Das Fest dauert bis nächsten Sonntag. Foto: Kopp ► LOKALES

Tebartz sucht Gespräch mit Papst

AFFÄRE Bischof überraschend nach Rom geflogen / Immer neue Vorwürfe zu Baukosten

LIMBURG (dpa). Nach immer neuen Vorwürfen wegen seiner Amtsführung sucht der umstrittene Limburger Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst eine Entscheidung in Rom. Der 53-Jährige reiste gestern nach längerem Verwirrspiel in den Vatikan, wo er mit Papst Franziskus über seine Zukunft sprechen will. Medien berichteten, er sei mit der Billig-Airline Ryanair geflogen. Zeugen hätten ihn am Hunsrückflughafen Hahn gesehen. Wenige Stunden nach Tebartz-van Elst traf auch der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, in Rom ein.

Noch vor der Reise des Limburger Bischofs waren neue Vorwürfe laut geworden. Nach einem Bericht der „Frankfurter Allge-

meinen Sonntagszeitung“ (FAS) sollen jahrelang Baukosten unter der Verantwortung des Bischofs verschleiert worden sein.

Bauschäden in Umgebung

Zudem drohen dem Bistum weitere Rechnungen wegen Schäden an Straßen und Hausfassaden. Bistumssprecher Martin Wind bestätigte: „Für Bauschäden muss aufgefunden werden.“ Die Höhe der Zusatzkosten sei bislang nicht bekannt, das müssten Sachverständige prüfen. Laut „Welt am Sonntag“ könnten für die Bischofsresidenz wegen der Folgekosten für Bauschäden rund 40 Millionen Euro zusammenkommen. Eine Sprecherin der Stadt Limburg sagte

GLOCKEN-PROTEST

► Aus Protest gegen Bischof Franz-Peter Tebartz-van Elst haben Kritiker die Glocken des Limburger Doms am Sonntag um 12 Uhr 13 Mal schlagen lassen.

► Die Aktion „Jetzt schlägt's 13“ war der Auftakt einer Demonstration frustrierter Katholiken auf dem Domplatz.

unterdessen auf Anfrage dieser Zeitung, es handele sich um einen fünfstelligen Betrag. Nach Medienberichten soll der Bischof zudem seit Jahren von den hohen Kosten für seine Residenz gewusst, aber eine niedrigere Summe verbreitet haben. Nach

„FAS“-Informationen sollte auch die Aufsicht des Vatikans und des Vermögensverwaltungsrats umgangen werden. Im Sommer 2011 sei dem Rat ein Kostenvolumen von 17 Millionen vorgelegt worden, zerlegt in zehn einzelne Projekte. Die Posten hätten damit unter der Summe von 5 Millionen gelegen, ab der Bauvorhaben dem Vatikan angezeigt werden müssten.

Kein Rücktrittsangebot

Bistumssprecher Wind sagte, er könne nicht sagen, seit wann der Bischof von der Kostensteigerung gewusst habe. Er gehe davon aus, dass dies aus einem Prüfbericht hervorgehe. Die Ausgaben für die Residenz und die

genaue Verantwortung sollen von einer Kommission der Bischofskonferenz überprüft werden. Wann Ergebnisse vorliegen, ist nicht bekannt.

Tebartz-van Elst hatte zunächst am Samstag eine Reise nach Rom „im Laufe der Woche“ angekündigt lassen. Der Bischof legte seine Zukunft in die Hände von Papst Franziskus, hieß es. Wind betonte, dies sei kein Angebot zum Rücktritt des Limburger Oberhirten. Gestern Mittag hieß es dann, Tebartz-van Elst sei bereits im Vatikan. Nach Zeitungsberichten wollte er beim Papst dem Freiburger Erzbischof Zollitsch zuvorkommen – dieser hatte sich von Tebartz-van Elst klar distanziert.

► RHEINLAND-PFALZ/HESSEN

Tauziehen um US-Etat

FINANZEN Hoffnungen ruhen auf Senat / Donnerstag ist Stichtag

WASHINGTON (dpa). Im Streit um das US-Schuldenlimit ist vor dem Stichtag an diesem Donnerstag noch keine Lösung in Sicht. Nachdem Gespräche zwischen Präsident Barack Obama und dem führenden Republikaner im Abgeordnetenhaus, John Boehner, zu keinem Durchbruch geführt hatten, ruhen die Hoffnungen jetzt auf dem Senat. Die Spitzenvertreter der Republikaner und Demokraten, Mitch McConnell und Harry Reid, nahmen Beratungen über eine Lösung auf. Allerdings galt es als unwahrscheinlich, dass sich zumindest eine Rahmenvereinbarung abzeichnet, bevor heute die US-Märkte öffnen.

Im Streit geht es neben der Anhebung der Schuldenobergrenze bis zum 17. Oktober auch um einen raschen Übergang zu einem schon fast zwei Wochen herrschende teilweise Verwaltungsstillstand in den USA beendet werden kann. Eine Lösung wird zunehmend kompli-



Noch geht nichts im US-Haushaltsstreit – doch vielleicht bringen die Gespräche im Senat grünes Licht. Foto: dpa

ziert, weil jetzt die Themen Einsparungen bei den Sozialprogrammen und Steuererhöhungen für die Reichen in die Gespräche hineinspielen. In beiden Punkten stehen sich Republikaner und Demokraten bisher unversöhnlich gegenüber. Außerdem hat Obama noch einmal

klargemacht, dass er keine kurzfristigen Übergangslösungen akzeptieren werde. Einigen sich die Streitparteien nicht, könnten die USA nach dem 17. Oktober vermutlich nur noch etwa zwei Wochen lang ihre Rechnungen bezahlen. ► KOMMENTAR/POLITIK

Signale stehen auf Schwarz-Rot

KOALITION Vor Kompromiss um Mindestlohn

BERLIN (dpa). Kurz vor den neuen Sondierungsrunden der Union mit SPD und Grünen werden Verhandlungen über eine Große Koalition immer wahrscheinlicher. Während sich Politiker von Union und SPD am Donnerstag für ein gemeinsames Bündnis aussprachen, mehrten sich kritische Stimmen zu Schwarz-Grün. Nach Ansicht von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) kann die neue Regierung innerhalb eines Monats stehen.

Themenpaket der Union

Zwar machte die SPD einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro zur Bedingung für Schwarz-Rot, während Kanzlerin Angela Merkel (CDU) auf die Tarifautonomie pochte – der CDU-Arbeitnehmerflügel nannte das Problem aber „die einfachste Kiste“. Nach Angaben aus Verhand-

lungskreisen bereitete die Union ein Themenpaket für die zweiten Sondierungsrunden mit der SPD am heutigen Montag und den Grünen am Dienstag vor. Der Kontakt zu SPD-Spitzen sei deutlich enger als zur Führung der Grünen, hieß es. Die „Leipziger Volkszeitung“ berichtete, die Generalsekretäre Hermann Gröhe (CDU) und Alexander Dobrindt (CSU) wollten ein Angebot zur Begrenzung von Leih- und Zeitarbeiter sowie zur Öffnung zu einer Solidarrente und Einführung von flächendeckenden Mindestlöhnen erarbeiten. Zu den offenen Punkten beim Mindestlohn gehört, von wem der erste Mindestwert festgelegt werden und ob es unterschiedliche Mindestlöhne in Ost und West geben könnte.

Unterdessen dachten Grünen-Politiker laut über Rot-Rot-Grün nach, bezeichneten die Linke allerdings als nicht regierungsfähig. ► POLITIK

Spenden lassen Brunnen laufen

MAINZ (red). Die Mainzer haben in diesem Jahr bislang über 50000 Euro für den Betrieb der Brunnen gespendet. Die Stadt geht davon aus, dass der Betrag noch auf rund 63000 Euro steigen wird. Damit wird sich die Spendensumme im Vergleich zum Vorjahr mehr als verdoppeln. Das Umweltamt zeigt sich glücklich über die Geberlaune der Bürger – und hofft, dass sich das Ergebnis im kommenden Jahr noch einmal steigern lässt. 2013 konnten von 51 funktionstüchtigen Brunnen in der Stadt 42 angestellt werden. Gut angenommen wurde die Möglichkeit, online zu spenden; im Internet gibt es ein „Spendenbarometer“. ► LOKALES

Mehr Kontrolle im Mittelmeer

ROM (dpa). Nach den jüngsten Flüchtlingsdramen vor Lampedusa mit mehr als 400 Toten will Italien die Überwachung im Mittelmeer von heute an verstärken. Die Einsatzkräfte von Marine und Luftwaffe in der Straße von Sizilien würden verdreifacht, kündigte Ministerpräsident Enrico Letta an. Dies sei eine Überbrückungsmaßnahme vor einem erhofften größeren Engagement der EU. Auch Malta, das mit Italien am stärksten betroffen ist, rief die EU zum Handeln auf. „Bisher hören wir von der EU nur leere Worte“, sagte Ministerpräsident Joseph Muscat. „Ich weiß nicht, wie viele Menschen noch sterben müssen, bevor etwas geschieht.“ ► POLITIK

Neuer Kurs bei Energiewende?

BERLIN (dpa). Verbraucher-schützer, Unternehmer und Experten fordern von der neuen Bundesregierung angesichts weiter steigender Strompreise einen Kurswechsel in der Energiepolitik. Die neue Ökostrom-Umlage dürfte auf einen Rekordwert steigen und einen Durchschnittshaushalt 220 Euro pro Jahr kosten. Der Vorschlag des Energieversorgers Eon, Johannes Teyssen, sagte, das EEG führe zu einer unsozialen Umverteilung von unten nach oben. Der langjährige Umweltstaatssekretär Rainer Baake (Grüne) forderte eine maximale Vergütungs-Obergrenze für neue Windparks und Solaranlagen. ► KOMMENTAR/POLITIK

Arbeitsmigrant statt Asylantrag

NÜRNBERG (dpa). Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge will gut ausgebildeten Wirtschaftsflüchtlings das oft aussichtslose Asylverfahren ersparen. Stattdessen sollten sie gleich als Arbeitsmigranten aufgenommen werden, schlug Bundesamts-Präsident Manfred Schmidt vor. Die meisten Asylbewerber würden in ihrer Heimat nicht verfolgt, sondern kämen aus wirtschaftlicher Not nach Deutschland – ihre Asylanträge würden deshalb abgelehnt. Darunter seien aber auch „Studenten und hoch qualifizierte Facharbeiter“. ► KOMMENTAR/POLITIK